



124. Deutscher Ärztetag (online)

Beratungsergebnisse
zu Beschlüssen

Berlin
04.–05. Mai 2021

Impressum

Copyright

© Bundesärztekammer 2021

Stand: 22.05.2022

Herausgeber

Bundesärztekammer (Arbeitsgemeinschaft der deutschen Ärztekammern),
Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin

Titelgrafik

rsplus Berlin, kommunikation und design
Flemmingstraße 8, 12163 Berlin

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

	Erkrankungen intensivieren – sprechende Medizin fördern	13
I - 32	COVID-19-Pandemie: Schutzmaßnahmen für Kinder in Schulen ergänzen und weiterführen	13
I - 33	Geschlechtergerechte Repräsentation in den Gremien der ärztlichen Selbstverwaltung	13
I - 34	Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst	13
I - 36	Zertifizierung digitalbasierter Fortbildungsmaßnahmen	14
I - 37	Stärkung der psychosozialen Unterstützung für Ärztinnen und Ärzte	14
I - 38	Digitale Innovationen im Gesundheitswesen brauchen aktive Beteiligung und Fortbildung der Ärzteschaft und Informationsangebote für Patienten	14
I - 39	Kein Ausschluss von Ärztinnen und Ärzten bei Prämienzahlung nach § 26d KHG	14
I - 40	Aussetzung der Sanktionen bei veralteten Telematikinfrastruktur-Konnektoren	14
I - 41	Rassebegriff im Genfer Gelöbnis	14
I - 42	Gemeinsame studentische Ausbildung nach neuer Approbationsordnung in Universität, Klinik, Öffentlichem Gesundheitsdienst und Praxis	14
I - 43	Antrag zur Übernahme von Dolmetscherkosten	15
I - 44	Aktualisierung der GOÄ	15
I - 45	Einführung digitaler Anwendungen	15
I - 46	Approbationsordnung und notwendige Änderungen	15
I - 47	Infektionsprävention in Aufnahmezentren und Gemeinschaftseinrichtungen für Flüchtlinge	16
I - 48	Ja zur Krebsfrüherkennung: Krebs macht keine Pause	16
I - 49	Bonuszahlung (Coronaprämie) für Medizinische Fachangestellte	16
I - 50	Coronaprämie für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen - auch für MFA in den Praxen	16
I - 52	Gegen einseitige Festschreibung von Fortbildungspflichten durch Einführung neuer ärztlicher Leistungen	16
I - 53	Stärkung der Führung und Verantwortung durch ärztliche Kompetenz in der Organisation des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und Verbesserung der Vernetzung zwischen den ÖGD-Strukturen	16
I - 54	Unabhängigkeit von Forschung, Lehre und universitärer Krankenversorgung	16
I - 55	Keine Gewalt gegen Ärztinnen und Ärzte	16
I - 56	Analoge Impfpässe und Impfbescheinigungen müssen ihre Gültigkeit behalten	17
I - 58	Stärkung der betriebsmedizinischen Versorgung	17
I - 59	SARS-CoV-2-Impfstoffpatente unter fairer Vergütung des geistigen Eigentums zur Beendigung der Pandemie freigeben	17
I - 60	Berücksichtigung auch der Ärztinnen und Ärzte in den Krankenhäusern bei der "zweiten Coronaprämie"	17
I - 61	Notfallrettung verbessern durch Telenotärztinnen und Telenotärzte	17



Coronaimpfstoffversorgung für Länder des globalen Südens

(Drucksache I - 16) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht:*

Pressemitteilung am 06.05.2021 – #Impfpatente #COVAX #Pandemiemanagement #Krisenkommunikation #Psychische Gesundheit #Coronapandemie #Ethikberatung,

Pressemitteilung am 02.07.2021 – WA, BÄK und die Pontifikale Akademie für das Leben unterstützen gemeinsam Impfstoffgerechtigkeit und wollen Impfskepsis begegnen

Forderungen zur Novellierung der Approbationsordnung für Ärzte

(Drucksache I - 17) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Ambulante Ethikberatung

(Drucksache I - 18) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Einbringen in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess, ggf. unter Verweis auf die Stellungnahme "Außerklinische Ethikberatung" der Zentralen Ethikkommission (ZEKO) von 2019 (DOI: 10.3238/baek_sn_aeb_2019), die 2020 von der Arbeitsgruppe "Ambulante Ethikberatung" des Vorstands der Bundesärztekammer im Deutschen Ärzteblatt veröffentlichten Fallvignetten sowie das 2021 vom Vorstand der Bundesärztekammer verabschiedete Curriculum „Medizinethik“.*

Notwendige COVID-19-Impfstrategie für Kinder und Jugendliche 2021/2022

(Drucksache I - 19) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Bundesärztekammer hat die Fragestellung im Ärztlichen Pandemierat beraten. Die Bundesärztekammer unterstützt die Empfehlung der Ständigen Impfkommission (StIKO) zur Impfung von Kindern unter 17 Jahren. Ferner hat sich die Bundesärztekammer ausführlich zur Schulöffnung und notwendigen Schutzmaßnahmen in ihrer Stellungnahme zur Anfrage des*

Bundesverfassungsgerichts vom 02.06.2021 geäußert.

Die Positionen werden weiter in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Notwendigkeit des zügigen Beschlusses der neuen Ärztlichen Approbationsordnung (Drucksache I

- 20) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*



Aus der Pandemie lernen

(Drucksache I - 21) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Einrichtung eines nationalen Pandemierats mit Ärzten verschiedener Fachrichtungen, Juristen, Ethikern, Soziologen und Pädagogen zur Beratung der Politik wird seit langem gefordert. Die Forderung wurde u. a. bei der 16. Sitzung des Unterausschusses COVID-19-Pandemie des Deutschen Bundestages zur öffentlichen Anhörung "Pandemierat" vom 17.06.2021 gestellt (siehe auch Stellungnahme). Diese Forderung wird weiter in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Bedeutung baulicher Voraussetzungen für Infektionsschutz in Krankenhäusern (Drucksache I - 22) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Ärztlicher Personalabbau ist verheerendes Signal

(Drucksache I - 24) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht:*

*Pressemitteilung am 05.05.2021 – Reform der Notfallversorgung erfordert Gesamtkonzept,
Pressemitteilung am 16.09.2021 – Patientensicherheit setzt bedarfsgerechte Personalausstattung voraus,
Pressemitteilung am 30.09.2021 – Krankenhäuser brauchen eine patienten- und aufgabengerechte Personalausstattung,
Stellungnahme vom 30.09.2021*

Den psychischen und körperlichen Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche mit einem Maßnahmenpaket gegensteuern

(Drucksache I - 25) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Ergänzung in der Richtlinie Hämotherapie

(Drucksache I - 26) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die fachliche Beratung ist im Rahmen der Richtlinienanpassung 2017 erfolgt. Nach Prüfung der Notwendigkeit von gesetzlichen Regelungen ggf. Übernahme der Forderung in die politische Arbeit der Bundesärztekammer.*



Prozesse mit elektronischem Heilberufsausweis verbessern

(Drucksache I - 27) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Übermittlung des Beschlusses an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), die gesetzliche Krankenversicherung (GKV), den Deutschen Apothekerverband (DAV), die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV), die Bundeszahnärztekammer (BZÄK), die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), die gematik, den Beirat der gematik, den Bundesverband Gesundheits-IT e.V. (bvitg), den Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV), den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI), die Bitkom, die Bundespsychotherapeutenkammer, die Vertrauensdiensteanbieter (VDA) (TSI - T-Systems International GmbH als Anbieter des Heilberufsausweises, MDS - Medizinischer Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen, BDR - Bundesdruckerei, SHC - Stolle und Heinz Consultants Verwaltungs GmbH als Anbieter des Heilberufsausweises), den Hartmannbund e.V., den Marburger Bund e.V., den NAV-Virchow-Bund e.V., den Verband der Leitenden Krankenhausärzte e.V. (VLK), den Deutschen Hausärzterverband e.V., die Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF), den Bundesverband der Knappschaftsärzte e.V., die Gemeinschaft fachärztlicher Berufsverbände e.V. (GFB) c/o BDC - Berufsverband der Deutschen Chirurgen, den Deutschen Ärztinnenbund e.V., Medi Geno Deutschland e.V., den Spitzenverband Fachärzte Deutschlands e.V. (SpiFA) und den Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr am 19./20.05.2021.*

Mehr Gendersensibilität im Gesundheitswesen

(Drucksache I - 28) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Mutterschutz: Vermeidbare Beschäftigungsverbote in Schwangerschaft und Stillzeit

(Drucksache I - 29) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Intensivkapazitäten – stetige Auslastung führt zu Überlastung

(Drucksache I - 30) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Bundesärztekammer hat verschiedentlich die Schwächen der 7-Tage-Inzidenz als alleiniges Kriterium für die Einführung bzw. Aufhebung von tiefgreifenden Maßnahmen kritisiert. Der Ärztliche Pandemierat hat u. a. ein Modell diskutiert, dass die Einbeziehung der im DIVI-Intensivregister verfügbaren epidemiologischen Daten verwendet (u. a. die Anzahl der intensivpflichtigen Covid-19-Patienten der letzten sieben Tage, die Zahl der intensivpflichtigen Covid-19-Patienten, die invasiv beatmet werden, sowie die Anzahl der täglichen Neuaufnahmen von Covid-19-Patienten auf die Intensivstation). Zusätzlich wurde gefordert, die Surveillance im Sinne einer systematischen und kontinuierlichen Überwachung von Erkrankungen sowie Todesfällen in Deutschland zeitnah auszubauen, um auf Basis dieser Erkenntnisse bei der Planung und Evaluation von Maßnahmen die Politik künftig besser unterstützen zu können. Die Bundesärztekammer hat sich in ihrer Stellungnahme zur Anfrage des Bundesverfassungsgerichts vom 08.06.2021 ausführlich zu den Schwächen und möglichen Alternativvorschlägen geäußert.*

Weitere Bearbeitung der Fragestellung im Ärztlichen Pandemierat und Einbringung in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess.



Post-COVID: Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen intensivieren - sprechende Medizin fördern

(Drucksache I - 31) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des
Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess
eingebracht.*

COVID-19-Pandemie: Schutzmaßnahmen für Kinder in Schulen ergänzen und weiterführen

(Drucksache I - 32) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer,
Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Das Anliegen der Antragsteller wurde mit einem Schreiben des Präsidenten an die
Kultusministerkonferenz (KMK) vom 10.06.2021 sowie in der Stellungnahme zur Anfrage des
Bundesverfassungsgerichts vom 02.06.2021 aufgegriffen.*

Geschlechtergerechte Repräsentation in den Gremien der ärztlichen Selbstverwaltung

(Drucksache I - 33) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des
Vorstands

***Ergebnis:** Berücksichtigung beim Forum „Dialog mit jungen Ärztinnen und Ärzten“ sowie bei
zukünftigen Gremienbesetzungen der BÄK. Darüber hinaus wird eine geschlechtergerechte
Repräsentation auch bei anstehenden Überarbeitungen von Statuten und Geschäftsordnungen der
BÄK berücksichtigt.*

Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst

(Drucksache I - 34) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des
Vorstands

***Ergebnis:** Das Anliegen wurde bei verschiedenen Gelegenheiten von der Bundesärztekammer adressiert. Die
Forderungen werden auch künftig in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und
Entscheidungsprozess eingebracht werden. Die Anliegen der Antragsteller werden von der AG ÖGD
grundsätzlich geteilt und in die weiteren Beratungen einbezogen. Mit Schreiben vom 09.02.2022 wurde die
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) über den Beschluss unterrichtet.*

Zertifizierung digitalbasierter Fortbildungsmaßnahmen

(Drucksache I - 36) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des
Vorstands: Beratung in der Ständigen Konferenz "Ärztliche Fortbildung".

***Ergebnis:** Die Ständige Konferenz hat sich zusammen mit den Fortbildungsverantwortlichen der Landesärzte-
kammern in den Monaten der Pandemie intensiv mit der Bewertung von digitalen Fortbildungsmaßnahmen und der
Interpretation von "Präsenz-Fortbildungen" befasst. Neu eingeführt wurde die Unterscheidung in "physische
Präsenz" und "virtuelle Präsenz". Für bestehende Fortbildungskategorien gemäß (Muster-)Fortbildungsordnung
wurden in der Pandemie Präsenzzeiten auch in Form von "virtueller Präsenz" anerkannt; das gilt auch für
Weiterbildungskurse. Zudem wurden Kriterien und eine Handhabung für Webinare entwickelt.*



Stärkung der psychosozialen Unterstützung für Ärztinnen und Ärzte

(Drucksache I - 37) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Digitale Innovationen im Gesundheitswesen brauchen aktive Beteiligung und Fortbildung der Ärzteschaft und Informationsangebote für Patienten

(Drucksache I - 38) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der Ständigen Konferenz "Ärztliche Fortbildung" und im Ausschuss "Medizinische Fachberufe".

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Kein Ausschluss von Ärztinnen und Ärzten bei Prämienzahlung nach § 26d KHG

(Drucksache I - 39) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht; ggf. Schreiben an das Bundesgesundheitsministerium (BMG): Pressemitteilung am 06.05.2021 - #Impfpatente #COVAX #Padiemmanagement #Krisenkommunikation #Psychische Gesundheit #Coronapandemie #Ethikberatung

Aussetzung der Sanktionen bei veralteten Telematikinfrastruktur-Konnektoren

(Drucksache I - 40) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: Der Vorstand der Bundesärztekammer schließt sich der Zielsetzung des Antrages an. Das Anliegen der Antragsteller, sich gegen die vorgesehene Sanktionsstrategie zu verwehren, wird in diesem Sinne an geeigneter Stelle weiterbearbeitet.

Rassebegriff im Genfer Gelöbnis

(Drucksache I - 41) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Urheberschaft und Rechte liegen auch für die deutsche Version beim Weltärztebund (WMA), nicht bei der Bundesärztekammer. Das Thema wird weiterhin immer wieder von der BÄK in die internationale Diskussion eingebracht. Die Entscheidung des Bundestages zur Verwendung des Rassebegriffs im Grundgesetz sollte abgewartet werden, da die juristische Komponente bei Diskriminierung wichtig ist, um dann ggf. einen Änderungsvorschlag in Absprache mit den anderen deutschsprachigen Ländern in die WMA-Gremien einzubringen.



Gemeinsame studentische Ausbildung nach neuer Approbationsordnung in Universität, Klinik, Öffentlichem Gesundheitsdienst und Praxis

(Drucksache I - 42) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Ärztliche Ausbildung und Universitätsmedizin", anschließend Beratung im Vorstand.

Ergebnis: Der Ausschuss empfiehlt, diesen Beschluss nach Verabschiedung der Novelle der Approbationsordnung für Ärzte erneut aufzugreifen und zu diskutieren.

Antrag zur Übernahme von Dolmetscherkosten

(Drucksache I - 43) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess mit Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit vom 10.08.2021 eingebracht. Ohne differenziertes Sprachverständnis kann es keine ausreichende medizinische Versorgung und Aufklärung geben. Dies gilt besonders auch für den Bereich der Psychotherapie. Es fehlen bis heute die gesetzlichen Voraussetzungen für die Kostenübernahme von Dolmetscherleistungen als Regelleistung durch die gesetzlichen Krankenkassen.

Aktualisierung der GOÄ

(Drucksache I - 44) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Bundesärztekammer befindet sich in den abschließenden Abstimmungen mit dem PKV-Verband zum finalen Hochrechnungsmodell und einzelnen Bewertungsfragen.

Einführung digitaler Anwendungen

(Drucksache I - 45) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Übermittlung des Beschlusses an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), die gesetzliche Krankenversicherung (GKV), den Deutschen Apothekerverband (DAV), die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV), die Bundeszahnärztekammer (BZÄK), die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), die gematik, den Beirat der gematik, den Bundesverband Gesundheits-IT e.V. (bvitg), den Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV), den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI), die Bitkom, die Bundespsychotherapeutenkammer, die Vertrauensdiensteanbieter (VDA) (TSI - T-Systems International GmbH als Anbieter des Heilberufsausweises, MDS - Medizinischer Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen, BDR - Bundesdruckerei, SHC - Stolle und Heinz Consultants Verwaltungs GmbH als Anbieter des Heilberufsausweises), den Hartmannbund e.V., den Marburger Bund e.V., den NAV-Virchow-Bund e.V., den Verband der Leitenden Krankenhausärzte e.V. (VLK), den Deutschen Hausärzterverband e.V., die Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF), den Bundesverband der Knappschaftsärzte e.V., die Gemeinschaft fachärztlicher Berufsverbände e.V. (GFB) c/o BDC - Berufsverband der Deutschen Chirurgen, den Deutschen Ärztinnenbund e.V., Medi Geno Deutschland e.V., den Spitzenverband Fachärzte Deutschlands e.V. (SpiFA) und den Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr am 19./20.05.2021.



Approbationsordnung und notwendige Änderungen

(Drucksache I - 46) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Ärztliche Ausbildung und Universitätsmedizin".

***Ergebnis:** Der Ausschuss empfiehlt, die Vorstandsüberweisung nach Verabschiedung der Novelle der Approbationsordnung für Ärzte erneut aufzugreifen und zu diskutieren.*

Infektionsprävention in Aufnahmezentren und Gemeinschaftseinrichtungen für Flüchtlinge

(Drucksache I - 47) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Ja zur Krebsfrüherkennung: Krebs macht keine Pause

(Drucksache I - 48) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Bonuszahlung (Coronaprämie) für Medizinische Fachangestellte

(Drucksache I - 49) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Bundesärztekammer hat wiederholt die Bedeutung von Medizinischen Fachangestellten (MFA) in der Coronapandemie öffentlich hervorgehoben und Sonderzahlungen in Pressemitteilungen gefordert (u. a. am 11.02.2021); diese Forderung wird weiter in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Coronaprämie für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen - auch für MFA in den Praxen

(Drucksache I - 50) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Bundesärztekammer hat wiederholt die Bedeutung von Medizinischen Fachangestellten (MFA) in der Coronapandemie öffentlich hervorgehoben und Sonderzahlungen in Pressemitteilungen gefordert (u. a. am 11.02.2021); diese Forderung wird weiter in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Gegen einseitige Festschreibung von Fortbildungspflichten durch Einführung neuer ärztlicher Leistungen

(Drucksache I - 52) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und im Ausschuss "Qualitätssicherung".

***Ergebnis:** Die Forderungen der Antragsteller wurden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) übermittelt.*



Stärkung der Führung und Verantwortung durch ärztliche Kompetenz in der Organisation des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und Verbesserung der Vernetzung zwischen den ÖGD-Strukturen (Drucksache I - 53) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der Arbeitsgruppe "Öffentlicher Gesundheitsdienst".

Ergebnis: Der Beschluss wurde in der Arbeitsgruppe beraten; die Anliegen der Antragsteller werden unterstützt und in die weiteren Beratungen einbezogen. Mit Schreiben vom 09.02.2022 wurde die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) entsprechend unterrichtet. Die Forderungen werden weiterhin in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht werden.

Unabhängigkeit von Forschung, Lehre und universitärer Krankenversorgung (Drucksache I - 54) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Keine Gewalt gegen Ärztinnen und Ärzte (Drucksache I - 55) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Bundesärztekammer hat sich bereits dafür eingesetzt, dass der § 115 Abs. 3 StGB erweitert wird, so dass jetzt auch bei Straftaten auf Personen, die im ärztlichen Notdienst oder in einer Notaufnahme Hilfe leisten, in schweren Fällen künftig eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren möglich ist. Weitergehende Forderungen werden als rechtspolitisch nicht durchsetzbar erachtet, da die Systematik der §§ 110 ff. StGB eine Ausdehnung auf alle Ärztinnen und Ärzte nicht zulassen und im Übrigen die Schaffung eines Officialdeliktes zu keiner signifikanten Erhöhung der Sicherheit der Ärztinnen und Ärzte führen dürfte, da die Strafverfolgungsbehörden von sich aus keine Kenntnis von den Straftaten gegen Ärztinnen und Ärzte erlangen können.

Analoge Impfpässe und Impfbescheinigungen müssen ihre Gültigkeit behalten (Drucksache I - 56) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Stärkung der betriebsmedizinischen Versorgung (Drucksache I - 58) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.



SARS-CoV-2-Impfstoffpatente unter fairer Vergütung des geistigen Eigentums zur Beendigung der Pandemie freigeben

(Drucksache I - 59) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft (AkdÄ).

Ergebnis: *Im Vordergrund steht die weltweite Bereitstellung von Impfstoffen. Die Patentfreigabe wirft weitere Fragen auf, wie z. B. die qualitätsgesicherte Produktion der Impfstoffe und der Umgang mit Engpässen bei der Produktion und Bereitstellung von Nanopartikeln. Die Frage der Freigabe von Patenten ist somit sekundär, sie löst nicht die eigentlichen o. g. grundsätzlichen Probleme.*

Berücksichtigung auch der Ärztinnen und Ärzte in den Krankenhäusern bei der "zweiten Coronaprämie"

(Drucksache I - 60) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht; ggf. Schreiben an das Bundesgesundheitsministerium (BMG): Pressemitteilung am 06.05.2021 - #Impfpatente #COVAX #Pandemiemanagement #Krisenkommunikation #Psychische Gesundheit #Coronapandemie #Ethikberatung*

Notfallrettung verbessern durch Telenotärztinnen und Telenotärzte

(Drucksache I - 61) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den fachlich zuständigen Gremien.

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*



**TOP II Änderung der §§ 1, 4, 5 und 9 der Satzung der
Bundesärztekammer**

Sitz der Bundesärztekammer (§ 1 Absatz 3 der Satzung der Bundesärztekammer)

(Drucksache II - 01) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Der Beschluss spricht für sich. Die Änderung der Satzung wurde online bekanntgemacht. Darauf wurde im DÄBl. hingewiesen.

§ 4 Absätze 1 und 4 der Satzung der Bundesärztekammer

(Drucksache II - 02) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Der Beschluss spricht für sich. Die Änderung der Satzung wurde online bekanntgemacht. Darauf wurde im DÄBl. hingewiesen.

Hybridsitzungen des Vorstands der Bundesärztekammer (§ 5 Absatz 7 der Satzung der Bundesärztekammer)

(Drucksache II - 03) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Der Beschluss spricht für sich. Die Änderung der Satzung wurde online bekanntgemacht. Darauf wurde im DÄBl. hingewiesen.

Funktion des Kassenführers (§ 9 Absatz 2 Satz 1 der Satzung der Bundesärztekammer)

(Drucksache II - 04) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Der Beschluss spricht für sich. Die Änderung der Satzung wurde online bekanntgemacht. Darauf wurde im DÄBl. hingewiesen.

